

**Einfache Anfrage Gschwend-Altstätten:  
«Klimaerwärmung: Kinder zahlen den höchsten Preis**

Den höchsten Preis für den Anstieg der globalen Temperaturen werden Kinder auf der ganzen Welt zahlen müssen – obwohl sie nicht dafür verantwortlich sind. Vor dem Hintergrund von Klimakrise und Umweltzerstörung hat der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes die UN-Kinderrechtskonvention präzisiert. Es sind Handlungsleitlinien definiert worden, um das «Kinderrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt» zu schützen.

In seiner Reaktion auf den 5. und 6. Staatenbericht der Schweiz zeigt sich der zuständige Ausschuss besorgt über die Auswirkungen des Klimawandels in der Schweiz – namentlich über die «negativen Auswirkungen des Klimawandels und der Luftverschmutzung auf die Gesundheit der Kinder».

Im Übereinkommen über die Rechte des Kindes werden die Menschenrechte für die Lebensbereiche der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren konkretisiert. Die Vertragsstaaten (darunter die Schweiz) verpflichten sich, die in der Konvention festgelegten Rechte zu achten und sie allen Kindern ohne jede Diskriminierung zu garantieren. Bei allen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Massnahmen, welche Kinder betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig berücksichtigt werden muss.

Die Schweiz hat das Übereinkommen 1997 ratifiziert. Im Kanton St.Gallen sind die Kinderrechte ein Bestandteil der Kinder- und Jugendpolitik. Die kantonalen Strategien zur Kinder- und Jugendpolitik setzen einen Schwerpunkt bei den Kinderrechten. In der St.Galler Strategie «Kinder- und Jugendpolitik 2021 bis 2030» wird auf die Kinderrechte und deren Umsetzung Bezug genommen. Die Folgen des Klimawandels auf die St.Galler Kinder und Jugendlichen (insgesamt 18 Prozent der St.Galler Bevölkerung) kommen nur am Rande vor.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Ansicht, dass eine Lücke besteht zwischen den Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses und den im Kanton St.Gallen tatsächlich umgesetzten Massnahmen?
2. Im Idealfall fliessen Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses in das kantonale Handeln ein. Besteht im Kanton St.Gallen bereits ein Aktionsplan oder eine Strategie, um Kinder vor den Folgen von Klimakrise und Luftverschmutzung zu schützen?
3. Wenn nein, bis wann ist mit konkreten Massnahmen zu rechnen?
4. Wie können mit einer aktiven Beteiligung der Schulen Kinder und Jugendliche stärker für den Klimawandel und die Umweltgesundheit sensibilisiert werden?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, die Gemeinden zu motivieren und zu unterstützen, dass sie einen aktiven Beitrag zum Schutz der Kinder vor den Folgen der Klimaerwärmung leisten?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Meinungen der Kinder bei der Entwicklung von Strategien und Programmen zur Bekämpfung des Klimawandels systematisch berücksichtigt werden?
7. Ist die Regierung bereit, Daten zu den Auswirkungen des Klimawandels für Kinder zu erheben?»